



## Ein richtiger Schritt

*Um das Rauchen tatsächlich dauerhaft und in großem Umfang einzudämmen, ist neben der geplanten Steuererhöhung auch ein umfassendes Präventionskonzept notwendig.*

Die Bundesregierung plant, versicherungsfremde Leistungen wie das Mutterschaftsgeld über Steuern zu finanzieren. Damit entspricht Berlin einer langjährigen Forderung der Ärzteschaft. Dass dafür die Tabaksteuer um einen Euro pro Zigarettensack angehoben werden soll, ist aus ärztlicher Sicht zu begrüßen. Denn Rauchen schadet nicht nur der Gesundheit, es verursacht auch immense Kosten für das Gesundheitswesen.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn die Erhöhung der Preise dazu beitragen würde, Jugendliche vom Rauchen abzuhalten. Denn wer in der Jugend nicht raucht, fängt meistens auch später nicht mehr damit an. Vier Euro pro Schachtel haben hier sicherlich einen erzieherischen Wert.

Um das Rauchen tatsächlich dauerhaft und in großem Umfang einzudämmen, ist aber neben einer Steuererhöhung auch ein umfassendes Präventionskonzept notwendig. Die gemeinsame, verbindliche Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle (Framework Convention on Tobacco Control), auf die sich die 117 Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im März geeinigt haben, ist deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen. Mit der Konvention können erstmals gesundheitsschädliche Folgen von Tabak mit einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bekämpft werden.

Auch das EU-weite Werbe- und Sponsoringverbot, das der EU-Ministerrat im Dezember 2002 beschlossen hat, ist ein positives Signal für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Gesundheit. Die Umsetzung der Richtlinie scheitert aber bisher am Widerstand Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten. Die Drohung der Bundesregierung, gegen die Richtlinie vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen, steht im deutlichen Widerspruch zu dem erklärten Ziel einer Anti-Tabak-Politik. Auch der Erfolg der WHO-Rahmenkonvention hängt entscheidend von der Frage ab, ob es gelingt, ein Werbeverbot durchzusetzen.

Neueste Ergebnisse einer großen repräsentativen Studie zum Rauch-

verhalten von Jugendlichen in Deutschland belegen einen deutlichen Anstieg der Häufigkeit des Rauchens und einen Zusammenhang mit der Tabakwerbung. Es zeigte sich ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen der Häufigkeit des Rauchens und der Wertschätzung von Tabakwerbung. Bei denjenigen, denen die Werbung nicht gefiel, betrug der Anteil der täglichen Raucher 3,2 Prozent. Dieser Anteil stieg bei Jugendlichen, denen die Werbung gelegentlich oder oft gefiel, auf 9,5 Prozent beziehungsweise 16,1 Prozent. Diese Zahlen sollten auch die Politik alarmieren.

Notwendig für ein Gesamtkonzept zur Eindämmung des Rauchens sind überdies präventive Maßnahmen und intensive Aufklärung. Davon müssen insbesondere Jugendliche erfasst werden, denn hier hält Deutschland einen traurigen Rekord: Unter den 15-Jährigen rauchen 25 Prozent der Jungen und 22 Prozent der Mädchen bereits täglich. Die Aufklärung über das damit verbundene hohe gesundheitliche Risiko muss intensiviert werden. Als Vorbild könnte die erfolgreiche Anti-AIDS-Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung dienen.

Darüber hinaus sollte ein flächendeckendes Angebot an Beratungshilfen zur Raucherentwöhnung etabliert werden, an dem sich auch die Krankenkassen beteiligen müssen.

Als Ärzte wissen wir, wie wichtig es ist, Menschen von den Chancen eines Ausstiegs aus der Tabakabhängigkeit zu überzeugen. Unsere Bemühungen im Einzelnen können aber nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn über die Politik Rahmenbedingungen geschaffen werden, die gerade jungen Menschen den Einstieg in die Sucht erschweren und Betroffenen den Ausstieg erleichtern. Bei allen grundsätzlichen Vorbehalten gegen jede weitere Steuererhöhung – eine höhere Tabaksteuer ist gerade unter dem gesundheitlichen Aspekt ein Schritt in die richtige Richtung.

*Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe  
Präsident der Bundesarztekammer  
und der Ärztekammer Nordrhein*